



Bundesministerium  
des Innern, für Bau  
und Heimat



POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat 11014 Berlin

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Frau Ulla Jelpke  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

POSTANSCHRIFT 11014 Berlin

TEL +49 (0)30 18 681-11117

FAX +49 (0)30 18 681-11019

INTERNET [www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de)

DATUM 18. November 2020

BETREFF **Ihre Frage 11/68 für die Fragestunde des Deutschen Bundestages am  
18.11.2020**

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,

auf die von Ihnen gestellte Frage übersende ich die beigefügte Antwort.

Mit freundlichen Grüßen  
in Vertretung



Stephan Mayer

ZUSTELL- UND LIEFERANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

VERKEHRSANBINDUNG S-Bahnhof Berlin Hauptbahnhof

Bushaltestelle Berlin Hauptbahnhof

**Fragestunde im Deutschen Bundestag am 18. November 2020**  
**Frage 68 der Abgeordneten Ulla Jelpke**

---

Frage:

*Inwiefern ist der Verzicht auf die Erwähnung sog. Adbusting-Aktionen im Bereich „Linksextremismus“ im Bericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) für 2019 als Schlussfolgerung aus öffentlichen und rechtswissenschaftlichen Reaktionen auf die im Jahresbericht 2018 erfolgte Erwähnung im BfV-Bericht zu werten (vgl. etwa das Gutachten von Andreas Fischer-Lescano und Andreas Gutmann auf <https://verfassungsblog.de/adbusting-unbequem-aber-grundrechtlich-geschuetzt/>, die Berichterstattung in der taz <https://taz.de/Repression-gegen-Adbusting!/5693667/>, zudem wird auf die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE „Einordnung von Adbusting als linksextremes Gewaltdelikt durch das Bundesamt für Verfassungsschutz“ unter Drs. 19/17240 verwiesen, in der die Bundesregierung noch ausgeführt hatte, sie verordne polizeikritisches Adbusting in einem „thematischen Zusammenhang“ mit dem gewalttätigen Linksextremismus), und welche Adbusting-Aktionsformen sind in diesem Jahr bislang vom Militärischen Abschirmdienst registriert worden?*

Antwort:

Der Verzicht auf die Erwähnung sog. Adbusting-Aktionen im Berichtsteil „Linksextremismus“ im Verfassungsschutzbericht 2019 steht nicht im Zusammenhang mit Reaktionen auf deren Darstellung im Bericht für das Jahr 2018. Der jährlich vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat herausgegebene Verfassungsschutzbericht beschreibt für das jeweilige Berichtsjahr die wesentlichen Ereignisse und Entwicklungen in den verschiedenen Extremismusbereichen. Hierbei müssen aufgrund der gerafften Darstellung in jedem Jahr neue Schwerpunkte gesetzt werden.

Im Berichtsjahr 2019 lag der Schwerpunkt vor allem auf der zunehmend enthemmter werdenden Gewaltanwendung durch Linksextremisten. Die Darstellung des „Adbustings“ entfiel daher aufgrund der anders gewählten inhaltlichen Gewichtung.

Durch den Militärischen Abschirmdienst (MAD) wurden im Jahre 2020 bislang folgende „Adbusting“-Aktionsformen registriert:

- Beschädigung/Vandalismus (z. B. Abriss, Farbaufbringung) ohne inhaltliche Veränderung an Werbeplakaten der Bundeswehr
- Überkleben/Ergänzen von Werbeplakaten mit sinnverändernden Slogans
- Veröffentlichung von Anleitung zum Adbusting
- Aufhängen von selbstgestalteten Plakaten mit die Bundeswehr diffamierendem Inhalt

Konkret sind durch den MAD in 2020 bislang die folgenden 13 „Adbusting“-Aktionen registriert worden:

- 16.02.2020/Berlin: Überkleben von Werbeplakaten der Bundeswehr mit antimilitärischem Slogan „KSK (Kommando SoldatInnen Sachen aufs Poster Klat-schen)“
- 30.03.2020/München: Beschädigung/Vandalismus eines Werbeplakats der Bundeswehr
- 31.03.2020/Villingen-Schwenningen: Beschädigung/Vandalismus eines Werbeplakats der Bundeswehr „Antimilitaristen“
- 11.04.2020/Berlin: Überkleben eines Werbeplakats mit einem antimilitärischen Slogan „Besonderes Amt für Veralberung“
- 09.06.2020/Internet: Veröffentlichung Anleitung zum Adbusting gegen die Bundeswehr „Self-made-Buster\*s“
- 13.06.2020/Berlin: Aufhängung von diversen Plakaten mit die Bundeswehr diffamierenden Slogans „Kommunikationsguerilla-Gruppe ausgedient“
- 13.06.2020/Freiburg: Aufhängung von diversen Plakaten mit die Bundeswehr diffamierenden Slogans „Baden ohne Bundeswehr – BoB“
- 13.06.2020/Hildesheim: Aufhängung von diversen Plakaten mit die Bundeswehr diffamierenden Slogans „Militanter AufräumDienst (MAD)“
- 28.07.2020/Schönewalde: Ergänzung eines Plakates mit die Bundeswehr diffamierenden Slogan
- 29.08.2020/Potsdam: Ergänzung eines Plakates mit die Bundeswehr diffamierenden Slogan
- 10.09.2020/Göttingen: Beschädigung/Vandalismus eines Werbeplakats der Bundeswehr
- 17.09.2020/Göttingen: Beschädigung/Vandalismus eines Werbeplakats der Bundeswehr
- 23.09.2020/Nürtingen: Überkleben eines Werbeplakats mit antimilitärischen Slogans